



FMA

Finanzmarktaufsicht
Liechtenstein

Sustainable Finance – Wissenschaft & Praxis

Expertenkonferenz, 20. September 2021

EU-Regulatorik aus der Perspektive der EWR-Finanzmarktaufsicht



Dr. Kornelia Vallaster, LL.M.

Inhalt

1. Zuständige Behörden	Seite 3
2. Befugnisse und Sanktionsmassnahmen	Seite 6
3. FMA-Projekt – Nachhaltigkeit in der Finanzwirtschaft	Seite 9
4. Aufsichtsrechtliche Herausforderung	Seite 11
5. Schlussfolgerungen	Seite 14

1. Zuständige Behörden

1. Zuständige Behörden (1/2)

Offenlegungsverordnung (EU) 2019/2088 – OffenlegungsVO

- Art. 14**
- (1) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die gemäss den sektoralen Rechtsvorschriften – insbesondere der in Art. 6 Abs. 3 der vorliegenden Verordnung genannten sektoralen Rechtsvorschriften – und gemäss der Richtlinie 2013/36/EG benannten zuständigen Behörden die Einhaltung der in der vorliegenden Verordnung genannten Anforderungen durch Finanzmarktteilnehmer und Finanzberater überwachen. Die zuständigen Behörden erhalten alle Aufsicht- und Ermittlungsbefugnisse, die notwendig sind, um ihre Aufgaben gemäss dieser Verordnung zu erfüllen.
- (2) Für die Zwecke dieser Verordnung arbeiten die zuständigen Behörden zusammen und übermitteln die Informationen, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäss dieser Verordnung von Bedeutung sind.
-

1. Zuständige Behörden (2/2)

Taxonomie-Verordnung (EU) 2020/852 – TaxonomieVO

- Art. 21** (1) Die Mitgliedstaaten tragen dafür Sorge, dass die in Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2019/2088 genannten zuständigen Behörden die Einhaltung der Anforderungen der Artikel 5, 6 und 7 der vorliegenden Verordnung durch die Finanzmarktteilnehmer überwachen. Die Mitgliedstaaten stellen sicher, dass ihre zuständigen Behörden sämtliche Aufsichts- und Ermittlungsbefugnisse erhalten, die notwendig sind, um ihre Aufgaben gemäß der vorliegenden Verordnung zu erfüllen.
- (2) Für die Zwecke dieser Verordnung arbeiten die zuständigen Behörden zusammen und übermitteln einander unverzüglich die Informationen, die für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben gemäss dieser Verordnung von Bedeutung sind.
-
- Art. 22** Die Mitgliedstaaten legen die Vorschriften für Maßnahmen und Sanktionen bei Verstößen gegen die Artikel 5, 6 und 7 fest. Die vorgesehenen Maßnahmen und Sanktionen müssen wirksam, verhältnismäßig und abschreckend sein.
-



2. Befugnisse - Sanktionsmassnahmen

2. Befugnisse der FMA (1/2)

Sektorale Befugnisse

Überwachungs- und Ermittlungsbefugnisse

Informations-/Herausgaberechte, Einsichtnahme/Ermittlung vor Ort, Aufforderung zur Unterlassung von widerrechtlichen Praktiken, Verhängung eines vorübergehenden Berufsverbots, Massnahmen zur Rechteinhaltung, Überprüfung durch Experten/Wirtschaftsprüfer anordnen

spezifische Befugnisse

Befugnisse nach Art. 5 des EWR-NHFDG

(liechtensteinisches EWR-Durchführungsgesetz über die Nachhaltigkeit im Finanzdienstleistungssektor)

Stabilitäts- aufsicht

Klimabezogene Finanzstabilitätsrisiken (physische Risiken, Transitionsrisiken)

Offenlegungspflichten tragen zur **korrekten Bepreisung** der Risiken bei
korrekte Bepreisung reduziert Risiko einer plötzlichen Neubewertung
klimabedingte Risiken sind an den Finanzmärkten bisher (noch) unvollständig eingepreist

Marktintegrität Anlegerschutz

Vermeidung von Greenwashing

2. Sanktionsmassnahmen der FMA (2/2)

1. EU-Regulatorik

- **OffenlegungsVO:** keine spezielle Anordnung an EWR-Mitgliedstaaten enthalten
- **TaxonomieVO:** EWR-Mitgliedstaaten sollen wirksame, verhältnismässige und abschreckende Sanktionen bei Verstössen gegen Art. 5, 6 und 7 TaxonomieVO festlegen

2. EWR-Durchführungsgesetzes über die Nachhaltigkeit im Finanzdienstleistungssektor (kurz: **EWR-NHFDG**)

a) **Übertretungen nach Art. 8 EWR-NHFDG**

- Verwaltungsbussen bis zu CHF 200 000 gegen natürliche und juristische Personen
- Sieben konkrete Straftatbestände für Verstösse gegen die verschiedenen Offenlegungspflichten nach der OffenlegungsVO inkl. TaxonomieVO
- Ein allgemeiner Straftatbestand im Fall der Behinderung der Aufsichts- und Ermittlungsbefugnisse der FMA oder Missachtung von Anordnungen der FMA oder wesentlich falscher Auskunftserteilung gegenüber der FMA

b) **Verwaltungsmassnahmen nach Art. 9 EWR-NHFDG**

- Sechs Massnahmen im Falle von Verstössen nach Art. 8 EWR-NHFDG ungeachtet sonstiger Befugnisse nach Art. 5 EWR-NHFDG



FMA

Finanzmarktaufsicht
Liechtenstein

3. FMA-Projekt



3. FMA Projekt

Regulierung	Aufsicht	Information der Beaufsichtigten	Internationale Zusammenarbeit	FMA-Nachhaltigkeitsstrategie
<p>Im Auftrag der Regierung:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erarbeitung eines EWR-Durchführungsgesetzes über die Nachhaltigkeit im Finanzdienstleistungssektor (EWR-NHFDG) • Anpassung BankG • Anpassung UCITSV • Anpassung VVO/BankV • Anpassung EWR-Referenzwertdurchführungsgesetzes 	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung von Prüfleitfäden (bereichsübergreifen der Aufsichtsstandard) • Implementierung in Aufsichtsprozesse • Definition eines Mindeststandards für «nachhaltige Geldanlagen» • Regelmässige Durchführung von Nachhaltigkeitsbewertungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Merkblatt 2021/1 über den Umgang mit ESG-Risiken • Abhaltung von Webinaren/Seminaren • Regelmässiger Austausch/Konsultation mit Interessensvertretungen • Aufnahme des Themas in Sorgfaltspflicht-Richtlinien 	<ul style="list-style-type: none"> • Austausch mit anderen Aufsichtsbehörden • Mitarbeit im EGSF der EU-Kommission • Mitarbeit bei ESAs • Prüfung einer Mitgliedschaft beim Network for Greening the Financial System (NGFS) 	<ul style="list-style-type: none"> • Schaffung und fortlaufende Weiterentwicklung einer FMA-Strategie • Aufnahme des Themas Nachhaltigkeit in den Geschäftsbericht
Direkte Anwendbarkeit aller Level II Rechtsakte	Aufnahme des Themas Nachhaltigkeit in interne Schulungsprozesse	<ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung über die Verwendung von Kennzeichnungen (z.B. FNG-Siegel/Forum nachhaltige Geldanlage) 	Nationale Zusammenarbeit mit anderen Stellen und Ämtern sowie Regierung	



4. Aufsichtsrechtliche Herausforderung

4. Aufsichtsrechtliche Herausforderungen (1/2)

- Neues Aufgabengebiet, viel Interpretationsspielraum, keine einheitlichen Mindeststandards – praktische Implementierung schwierig
- Mangels rechtzeitiger Publikation von Level II Rechtsakten nur prinzipienbasierte Aufsicht
- Unterschiedliche Anwendungszeitpunkte einzelner Pflichten – noch unvollständige Datenlage – wächst mit zunehmender Transparenz
- Mangel an technischem Know-How (Bewertungskriterien für ökologisch oder sozial nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten)
- Mangelnde einheitliche Regulierung von (verbindlichen) Nachhaltigkeits-Labeln
- Aufbau von Aufsichtspraxis betreffend die Vermeidung von Greenwashing und Festlegung eines angemessenen Strafbarkeitsrahmens

4. Aufsichtsrechtliche Herausforderungen (2/2)

Perspektive der FMA im Hinblick auf den Wirtschaftsraum Liechtenstein – Schweiz (FL – CH)

- Die OffenlegungsVO enthält keine spezifische Regelung für die Beziehung zu Nicht-EWR-Staaten – sektorspezifische Regelungen gelten
- Beim Vertrieb eines nachhaltigen Finanzprodukts eines FL-Finanzteilnehmers ausschliesslich in der Schweiz besteht noch Unsicherheit, ob nur schweizerisches Recht einzuhalten ist
- Das Anbieten von nachhaltigen Finanzprodukten durch schweizerische Finanzmarktteilnehmer in FL eröffnet den Anwendungsbereich der OffenlegungsVO
- Die Aufnahme von Direktversicherungstätigkeit in FL erfordert eine Zulassung in FL
- Bei Auslagerung von Portfoliomanagement an schweizerische Unternehmen, bleibt die volle Verantwortung für die Einhaltung der Offenlegungspflichten beim FL-Unternehmen

5. Schlussfolgerungen



5. Schlussfolgerungen

- Der Markt nachhaltiger Anlagen wächst durch hohe Nachfrage, stabile Performance sowie den regulatorischen Druck
- Starkes Wachstum birgt die Gefahr von Mogelpackungen und Greenwashing
- Entwicklung von Minimalstandards für nachhaltige Finanzprodukte bei nationalen Aufsichtsbehörden (Konsultation BaFin, Mindestvorgaben FCA) → «best practice»
- Erster Q&A der EU-Kommission vom 14. Juli 2021
- Vorschlag einer Verordnung über EU-Green Bonds (COM/2021) 391) vom 6. Juli 2021
- Notwendige Einbindung von nationalen Umwelt-Experten in die Arbeiten der Sachverständigengruppe der Mitgliedstaaten für nachhaltiges Finanzwesen (Art. 24 TaxonomieVO)
- Nationale Diskussion der Arbeiten der Plattform für nachhaltiges Finanzwesen (Art. 20 TaxonomieVO) erforderlich
- Zusammenarbeit Finanzwirtschaft, Realwirtschaft, Amt für Umwelt, Amt für auswärtige Angelegenheiten und Finanzaufsicht erforderlich





FMA

Finanzmarktaufsicht
Liechtenstein